Bebauungsplan „Gewerbegebiet Oberer Luß – 1. Änderung“ in Erbach

Zusammenstellung der eingegangenen Anregungen während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs „Gewerbegebiet Oberer Luß – 1. Änderung“ vom 20.07.-20.08.2020

			Ergebnis der eingegangenen Stellungnahmen der TÖB und Privatpersonen		
Lfd. Nr.	TÖB / Privatperson	Stellungnahme vom	Anregung / Hinweis		Beschlussvorschlag / Hinweise
1.	Landratsamt Alb-Donau-Kreis	01.10.2020 (nach Fristverlängerung)	1	<p>Anregungen</p> <p>1.1 Straßen 1.1.1 Die straßenbaulichen und verkehrstechnischen Belange von klassifizierten Straßen werden nicht berührt.</p> <p>1.2 Umwelt- und Arbeitsschutz Boden- und Grundwasserschutz 1.2.1 Bei der Umgestaltung des Planungsgebietes ist auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten. Der gewachsene Boden ist in den Grünflächen und in den Stellplätzen, soweit geeignet, zu erhalten. Vor Beginn der Baumaßnahmen sind humoser Ober- und Unterboden getrennt abzutragen, unverdichtet und unvermischt zu lagern und so früh als möglich entsprechend dem Bauvorhaben wieder einzubauen.</p> <p>1.2.2 Der Bodenaushub ist möglichst auf dem jeweiligen Baugrundstück gleichmäßig und an die Nachbargrundstücke angepasst einzubringen. Fallen zu große Mengen Bodenaushub an oder eignet sich dieser nicht zum Massenausgleich (zum Beispiel felsiges Material), so ist eine Wiederverwertung auf anderen Flächen vor einer Deponierung zu prüfen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Eine entsprechende Festsetzung ist bereits unter Punkt 2.6 der örtl. Bauvorschriften enthalten.</p> <p>Eine Ergänzung wird unter Punkt 2.6 der örtl. Bauvorschriften vorgenommen.</p>

			<p>1.2.3 Wenn überschüssiges Bodenmaterial anfällt und einer landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden soll, ist folgendes zu beachten: Soll anfallender Bodenaushub auf landwirtschaftlich genutzten Flächen über 500 m² aufgebracht werden, ist hierfür eine naturschutzrechtliche Genehmigung beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis, Fachdienst Forst und Naturschutz, zu beantragen.</p> <p>1.2.4 Geeignete Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sind zu ergreifen, um Bodenverdichtungen zu vermeiden.</p> <p>1.2.5 Kommunales Abwasser Die Vordimensionierung der Versickerungsmulden für das auf den Dachflächen anfallende Niederschlagswasser (Abschnitt 6 des B-Plans) sollte auch in den textlichen Festsetzung bzw. örtlichen Bauvorschriften aufgeführt werden, da dann nach § 1 Abs. 1 der Niederschlagswasserverordnung des UVM vom 22.03.1999 auf die Erteilung einzelner wasserrechtlicher Erlaubnisse verzichtet werden kann.</p> <p>2 Hinweise</p> <p>2.1 Bauen, Brand- und Katastrophenschutz Brandschutz</p> <p>2.1.1 Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung ist eine Menge von 30 m³ pro Stunde über einen Zeitraum von 2 Stunden vorzusehen.</p> <p>2.1.2 Die Hydranten sind so anzuordnen, dass sie die Wasserentnahme leicht ermöglichen.</p> <p>2.1.3 Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Eine Vermeidungsmaßnahme zu Bodenverdichtungen wird im Textteil ergänzt.</p> <p>Die Dimensionierung der Versickerungsmulden wird entsprechend der Begrünung in den Textteil ergänzt.</p> <p>Hinweise zum Brandschutz werden beachtet.</p>
--	--	--	--	--

			<p>75 Metern Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein.</p> <p>2.1.4 Entnahmestellen mit verminderter Leistung sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 Metern aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt ist.</p> <p>2.1.5 Diese Regel gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z.B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie langgestreckte Gebäudekomplexe die die tatsächliche Laufstrecke zu den Wasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern.</p> <p>2.1.6 Die Abstände von Hydranten auf Leitungen in Ortsnetzen welche auch der Löschwasserversorgung (Grundschutz) dienen, dürfen 150 Meter nicht übersteigen. Größere Abstände von Hydranten bedürfen der Kompensation durch geeignete Löschwasserentnahmestellen.</p> <p>2.1.7 Bei der oben genannten Löschwasserentnahme aus Hydranten (Nennleistung) darf der Betriebsdruck 1,5 bar nicht unterschreiten.</p> <p>2.1.8 Der Punkt 3.7 aus der VwV Feuerwehrlflächen ist zu beachten.</p> <p>2.2 Ländlicher Raum, Kreisentwicklung</p> <p>2.2.1 Die Voraussetzungen für die Aufstellungen des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB sind gegeben. Die Grundzüge der Planung sind nicht berührt.</p> <p>2.2.2 Der Bebauungsplan ist aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan entwickelt und somit das Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
--	--	--	---	---

			erfüllt.	
			<p>2.3 Forst, Naturschutz Naturschutz Das Biotop „Hecken an der Bahnlinie nordöstlich Erbach“, Nr. 176254253024, einschließlich des Taubriedgrabens sollte für die Bauarbeiten optisch deutlich abgegrenzt werden um Beeinträchtigungen des Biotops zu vermeiden. Beispielsweise durch Pfähle im Abstand von 10m entlang der Biotopgrenze mit einem Flatterband verbunden.</p>	<p>Eine klare Abgrenzung des Biotops und des Grabens ist durch den bestehenden Weg zwischen Biotop und Baugebiet bereits gegeben. Weiterhin ist bereits ein fachgerechter Schutz der an der Baumaßnahme angrenzenden Flächen festgesetzt. Befahrung, Erdbewegungen und Lagerungen sind hier unzulässig. Eine Ergänzung mit Pfählen und Flatterband wird nicht vorgenommen.</p>
		2.3.2	<p>Das Eidechsenbiotop auf der dafür vorgesehenen Fläche wurde bereits angelegt. Allerdings besteht hier Nachbesserungsbedarf, sowie regelmäßige Pflege, da die Fläche sonst die Eigenschaften eines geeigneten Lebensraumes für Eidechsen verliert. Die Greifvogelansitzwarte (Flst. 814/4, Gemarkung Erbach) muss entfernt werden. Die Sandlinsen sind durch händisches Ausreißen von Vegetation freizuhalten. Ebenso müssen die Steinhäufen von Vegetation freigehalten werden.</p>	<p>In einem zwischenzeitlich stattgefundenen Termin wurden notwendige Pflegemaßnahmen an der Ausgleichsfläche für das Eidechsenhabitat mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt und festgehalten. Auf die Aktennotiz vom 17.09.2020 wird verwiesen. Die Greifvogelansitzwarte wird beseitigt.</p>
		2.3.3	<p>Die Pflegemaßnahmen dürfen nicht vor September durchgeführt werden, um eventuell noch vorhandene Eigelege zu schützen.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung. Die Sandlinsen und Steinhäufen werden nach September von Bewuchs befreit. Eine Ergänzung zur Pflege der Eidechsenbiotope wird ergänzt.</p>
		2.3.4	<p>Die in der Festsetzung genannte ökologische Baubegleitung muss vor Baubeginn der unteren Naturschutzbehörde angezeigt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p>
		2.3.5	<p>Die Wirksamkeit des geschaffenen Eidechsenbiotops muss vor Baubeginn gegeben und bestätigt sein um Konflikte mit dem Tötungs- und Verletzungsverbot (§44 BNatSchG) zu vermeiden. Falls dies nicht der Fall sein sollte muss der Baubeginn gestoppt bzw. verschoben werden.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p>

			<p>2.4 Umwelt- und Arbeitsschutz Boden- und Grundwasserschutz</p> <p>2.4.1 Erdwärmesonden und Grundwasserentnahmen für den Betrieb von Wärmepumpen für die Gebäudebeheizung sind generell beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis anzuzeigen. Für den Betrieb ist zudem eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Auskünfte erteilt der Fachdienst Umwelt- und Arbeitsschutz beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis.</p> <p>2.4.2 Die Bohrtiefe ist an diesem Standort zum Schutz tieferer Grundwasservorkommen auf 53 Meter beschränkt.</p> <p>2.4.3 Der Anschluss der Wasserversorgung an das bestehende Wasserleitungsnetz hat gemäß der „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser“ (AVB WasserV) vom 20. Juni 1980 zu erfolgen. Bei der Dimensionierung der Versorgungsleitungen ist zu berücksichtigen, dass Wasser unter dem Druck zu liefern ist, der für eine einwandfreie Deckung des üblichen Bedarfs in dem betreffenden Versorgungsgebiet erforderlich ist. Im Zusammenhang „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ wird auf das DVGW-Arbeitsblatt W 405 verwiesen.</p> <p>2.4.4 Gewässer Der Gewässerrandstreifen beträgt nach § 29 WG in Verbindung mit § 38 WHG 5 m im Innenbereich. Dieser ist von jeglichen baulichen Anlagen freizuhalten.</p> <p>2.4.5 Kommunales Abwasser Umschlagplätze vor Hallentoren und regelmäßig befahrene Grundstücksflächen sind wasserundurchlässig (Beton, Asphalt) herzustellen und (ggf. mit einer</p>	<p>Ein Hinweis zu Erdwärmesonden und Grundwasserentnahmen für Wärmepumpen wird ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Eine Ergänzung wasserundurchlässigen Ausführung im Bereich von Umschlagplätzen und regelmäßig befahrenen Flächen wird vorgenommen.</p>
--	--	--	---	---

			Vorbehandlung, Rückhaltung) an die öffentliche (Mischwasser-) Kanalisation anzuschließen.	
2.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	17.07.2020	<p>Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p> <p>Kraneinsatz: Sollte für die Errichtung der Gebäude/Anlagen der Einsatz eines Baukrans notwendig werden, ist hierfür gemäß § 15 i.V.m. § 12 LuftVG die Genehmigung der militärischen Luftfahrtbehörde erforderlich. Für die Beantragung dieser luftrechtlichen Genehmigung werden folgende Angaben benötigt: -Lageplan und Koordinaten im Koordinatensystem WGS 84 (geographische Daten Grad/Min./Sek.) des Kranstandortes -Maximale Arbeitshöhe in m über Grund und über NN -Standzeit</p> <p>Die Genehmigung ist vom Bauherrn rechtzeitig vor Baubeginn (mindestens 3 Wochen vorher) bei der militärischen Luftfahrtbehörde zu beantragen.</p> <p>Zuständig hierfür ist das Luftfahrtamt der Bundeswehr. Anschrift militärische Luftfahrtbehörde: Luftfahrtamt der Bundeswehr Abteilung Referat 1 d Luftwaffenkaserne Wahn Postfach 90 61 10 / 529 51127 Köln LufABw1dBauschutz@Bundeswehr.org</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung. Die gegebenen Hinweise werden in die Bebauungsplanunterlagen aufgenommen.</p>
3.	Deutsche Bahn AG	11.08.2020	Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen	

		<p>hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren:</p> <p>Gegen die Änderung des o. g. Bebauungsplan bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen/Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB AG und ihrer Konzernunternehmen keine Bedenken. Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.</p> <p>Die heute noch mit Dieseltraktion betriebene "Südbahn" ist für eine Elektrifizierung vorgesehen. Das dafür erforderliche Planfeststellungsverfahren ist abgeschlossen und die Unterlagen sind bereits Öffentlich ausgelegen. Daher besteht seit dem ersten Tag der Auslegung am 23. Januar 2012 und dem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss vom 21.09.2015 eine Veränderungssperre nach 919 AEG. Danach dürfen wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden. Durch die Veränderungen ergeben sich keine Ansprüche gegenüber der DB AG.</p> <p>Im Zuge der Planfeststellung wurden die bestehenden Nutzungen aus immissionsrechtlicher Sicht beurteilt. Ein Anspruch auf Schutzmaßnahmen ergab sich hierbei allerdings nicht. Wir weisen darauf hin, dass auf Grund der eingetretenen Veränderungssperre, auch für die hinzukommende/geänderte Bebauung keine immissionsrechtlichen Ansprüche an den Bau und den Betrieb der beantragten Bahnanlage geltend gemacht werden können. Die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc sind zu dulden. Sofern hier Maßnahmen zu ergreifen sind, sind diese auf Kosten des Eigentümers durchzuführen.</p> <p>Bei Planungs- und Bauvorhaben in räumlicher Nähe zu Bahnbetriebsanlagen ist zum Schutz der Baumaßnahme und zur Sicherung des Eisenbahnbetriebs das Einhalten von Sicherheitsabständen zwingend vorgeschrieben.</p>	<p>Kenntnisnahme. Die gegebenen Hinweise werden in die Bebauungsplanunterlagen aufgenommen.</p>
--	--	--	---

			<p>Bei Planung von Lichtzeichen und Beleuchtungsanlagen (z.B. Baustellenbeleuchtung, Parkplatzbeleuchtung, Leuchtwerbung aller Art etc.) in der Nähe der Gleise oder von Bahnübergängen etc. hat der Bauherr sicherzustellen, dass Blendungen der Triebfahrzeugführer ausgeschlossen sind und Verfälschungen, Überdeckungen und Vortäuschungen von Signalbildern nicht vorkommen. Sollte sich nach Inbetriebnahme der Reklameeinrichtung herausstellen, dass es doch zu Beeinträchtigungen der Signalsicht kommt, ist DB seitig mit einem Widerruf der Zustimmung bzw. mit Einschränkungen oder Abänderungen zu rechnen. Die späteren Anträge auf Baugenehmigung für den Geltungsbereich sind uns erneut zur Stellungnahme vorzulegen. Wir behalten uns weitere Bedingungen und Auflagen vor. Es wird darauf hingewiesen, dass auf oder im unmittelbaren Bereich von DB Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss.</p> <p>Falls noch nicht geschehen, bitten wir im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange das Eisenbahn-Bundesamt zu beteiligen.</p> <p>Zuständige Stelle in diesem Falle: Eisenbahn- Bundesamt, Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart, Südendstraße 44, 76135 Karlsruhe</p> <p>Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.</p>	<p>Das Eisenbahn-Bundesamt wurde auf Hinweis nachträglich am Verfahren beteiligt.</p> <p>Wird beachtet.</p>
4.	Eisenbahn-Bundesamt	28.08.2020 (nachträglich beteiligt)	<p>Ihr Schreiben ist am 27.08.2020 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die</p>	

		<p>Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.</p> <p>Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Planung berührt. Bei Beachtung der nachfolgenden Nebenbestimmungen bestehen keine Bedenken: Ich weise darauf hin, dass Flächen einer Eisenbahn des Bundes nicht überplant werden dürfen. Um solche Flächen handelt es sich, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundstücke von einer Entscheidung gemäß § 18 AEG erfasst worden sind, • das planfestgestellte Vorhaben verwirklicht worden ist, • die Grundstücke für Bahnbetriebszwecke tatsächlich in Dienst genommen worden sind. <p>Aus diesem Grund sind diese Flächen aufgrund des Fachplanungsprivilegs aus § 18 AEG i.V.m. § 38 BauGB der kommunalen Planungshoheit entzogen, solange sie nicht gemäß § 23 AEG von Bahnbetriebszwecken freigestellt worden sind.</p> <p>Weiterhin dürfen keine Bahnanlagen geändert werden. Aus den mitgelieferten Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob es zu irgendwelchen Änderungen kommt. Ergibt sich im Zusammenhang mit einem Bebauungsplan die Notwendigkeit der Änderung einer Betriebsanlage (z.B. die Versetzung eines Oberleitungsmastens) sind diese Änderungen nur im Rahmen eines Planrechtsverfahrens nach § 18 AEG zulässig. Wenn an den Bahnanlagen nichts geändert wird, bestehen keine Bedenken, die Flächen sind nachrichtlich darzustellen im B-Plan.</p> <p>Bitte beachten Sie, dass das Eisenbahn-Bundesamt nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen (Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Südwest, Gutschstr.6, 76137 Karlsruhe) prüft. Die Betreiber dieser Anlagen sind möglicher Weise betroffen. Daher</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Es kommt zu keiner Änderung der Bahnanlagen.</p> <p>Die Lage der Bahnlinie Ulm Friedrichshafen mit den Böschungen ist bereits dargestellt.</p> <p>Die DB Immobilien wurde am Verfahren beteiligt.</p>
--	--	---	--

			werden die gebotenen Beteiligungen empfohlen, sofern sie nicht bereits stattfinden.	
5.	Netze BW GmbH	20.08.2020	<p>Im Geltungsbereich dieser Änderung befinden sich keine Anlagen von uns, wir haben somit keine Bedenken.</p> <p>Bitte weisen Sie Bauinteressenten darauf hin, dass Sie sich möglichst frühzeitig mit uns zur Planung ihrer elektrischen Versorgung in Verbindung setzen.</p> <p>Wir bitten Sie uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p>	Kenntnisnahme und Beachtung.
6.	Vodafone BW GmbH	27.07.2020	Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.	Kenntnisnahme.
7.	IHK Ulm	29.07.2020	Die Industrie- und Handelskammer Ulm hat im Anhörungsverfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des oben genannten Bebauungsplans - auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen – keine Bedenken oder Anregungen vorzubringen.	Kenntnisnahme.
8.	Handwerkskammer Ulm	18.08.2020	Die Handwerkskammer Ulm hat zum aktuellen Verfahrensstand keine grundsätzlichen Bedenken und Anregungen vorzutragen.	Kenntnisnahme.
9.	Stadtwerke Ulm / Neu-Ulm	20.08.2020	<p>Die erste Änderung des Bebauungsplanes „Oberer Luss 1“ in Erbach wurde auf Belange der Stadtwerke Ulm/ Neu-Ulm Netze GmbH untersucht. Im Grundsatz bestehen von Seiten der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH gegen die erste Änderung des Bebauungsplanes keine generellen Einwände.</p> <p>Bei entsprechendem Interesse und Wirtschaftlichkeit kann das geplante Baugebiet aus den vorgelagerten Netzen mit Erdgas versorgt werden. Um frühestmögliche</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p>

			Einbeziehung der Stadtwerke Ulm/ Neu-Ulm Netze GmbH möchten wir Sie hiermit bitten.	
10.	Öffentlichkeit Einwendung 1	19.08.2020	<p>Aus den ausliegenden bzw. im Internet eingestellten Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob und wenn ja, wie das Thema „Lärm“ berücksichtigt wurde. Ein Gutachten dazu habe ich nicht gefunden.</p> <p>Als Bewohner des oberhalb liegenden Wohngebietes Ziegelberg sind wir durch die Lärmproblematik im Zusammenhang mit der Wäscherei Ernst, und dem Umgang der Stadt mit diesem Problem, hellhörig und leider auch etwas mißtrauisch geworden.</p> <p>Wir stellen fest, dass das - noch ohne gültigen Bebauungsplan - bereits neu angesiedelte Gewerbe insbesondere durch den Betrieb eines mobilen Brechers sowie das Knallen der LKW-Klappen oft noch spät am Abend erheblichen Lärm verursacht.</p> <p>Wir erwarten und verlangen deshalb, daß das Thema Lärm sorgfältig geprüft wird und im Bebauungsplan eindeutig sichergestellt ist, dass bei uns nicht mehr Lärm ankommt, als in einem bestehenden Wohngebiet zulässig ist.</p> <p>Wir haben weder etwas gegen das Gewerbegebiet und schon gar nicht gegen den Betreiber. Im Interesse Beider sollte aber Klarheit über den verursachten und zulässigen Lärm geschaffen werden.</p>	<p>Eine Schallschutzprüfung wurde zwischenzeitlich beauftragt. Aufgrund der Ergebnisse der Prüfung wird das Gewerbegebiet eingeschränkt festgesetzt. Die Lärmemissionen die dort zulässig sind entsprechen dann einem Mischgebiet. Die zulässigen Lärmemissionen werden wie folgt beschränkt: tags 60 dB(A) / nachts 45 dB(A).</p> <p>Die Einhaltung der Lärmwerte sind im Rahmen des Bauantrags nachzuweisen.</p>
11.	Öffentlichkeit Einwendung 2	19.08.2020	<p>Aus den ausliegenden bzw. im Internet eingestellten Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob das Thema „Lärm“ berücksichtigt wurde und falls ja, wie. Ein Gutachten dazu haben wir nicht gefunden.</p> <p>Als Bewohner des oberhalb liegenden Wohngebietes Ziegelberg sind wir durch die Lärmproblematik im Zusammenhang mit der Wäscherei Ernst und dem Umgang der Stadt</p>	Entsprechend Abwägungsvorschlag Einwendung 1

			<p>mit diesem Problem hellhörig und leider auch etwas miss- trauisch geworden.</p> <p>Wir stellen fest, dass das - noch ohne gültigen Bebauungs- plan - bereits neu angesiedelte Gewerbe insbesondere durch den Betrieb eines mobilen Brechers sowie das Knal- len der LKW-Klappen oft noch spät am Abend erheblichen Lärm verursacht.</p> <p>Wir erwarten und verlangen deshalb, dass das Thema Lärm sorgfältig geprüft wird und im Bebauungsplan eindeu- tig sichergestellt wird, dass in unserem Wohngebiet nicht mehr Lärm ankommt als in einem Bestandsgebiet zulässig ist.</p> <p>Wir haben weder etwas gegen das Gewerbegebiet und schon gar nicht gegen den Betreiber. Im Interesse Beider sollte aber Klarheit über den verursachten und zulässigen Lärm geschaffen werden.</p>	
--	--	--	--	--

Aufgestellt: Ulm, 22.06.2021 – ssw

INGENIEURBÜRO WASSERMÜLLER ULM GMBH